

UNTERSCHRIFTEN IM PARLAMENT ÜBERGEBEN

Ein Schritt zur Reichensteuer

5000 Steirerinnen und Steirer haben die KPÖ-Initiative unterstützt, Geldvermögen von mehr als einer Million Euro mit 5 Prozent zu besteuern. Eine steirische KPÖ-Abordnung hat nun die Unterschriften im Parlament übergeben. Jetzt ist der Nationalrat am Zug.



Die KPÖ-Landtagsabgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Renate Pacher übergaben die Unterschriften im Parlament.

Eine Reichensteuer ist angesichts der steigenden Armut und der Krise ein Gebot der Zeit. Die KPÖ schlägt eine Steuer von 5 Prozent auf Geldvermögen höher als eine Million Euro vor. 5000 Menschen haben dafür unterschrieben. Eine steirische KPÖ-Delegation hat die Unterschriften im Parlament übergeben. Dort wird die Reichensteuer nun behandelt.

Zum Forderungskatalog der KPÖ gehören neben der Steuer für Euro-Millionäre eine Entlastung

niedriger Einkommen und dafür ein höherer Spitzensteuersatz für Jahreseinkommen über 75.000 Euro sowie die Abschaffung der Steuerprivilegien von Privatstiftungen. Dort sind ja Milliarden Euro extrem steuerschonend geparkt.

„Multimilliönäre wie Meinl, Grasser oder Bartenstein müssen jetzt einen Beitrag leisten, wenn die Mehrheit der Bevölkerung von

Lohn- und Pensionskürzungen bedroht ist“, betont KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler.



CLAUDIA KLIMT-WEITHALER Soziale Verantwortung

Mit 96,5 % der Stimmen wurde Claudia Klimt-Weithaler beim KPÖ-Landesparteitag zur Spitzenkandidatin für die Landtagswahl 2010 gewählt. Sie steht für soziale Verantwortung und konkrete Hilfe für Menschen in Notlagen.



SOZIALHILFE

Verwandte müssen zahlen

Wer Sozialhilfe benötigt, muss Verwandte auf Unterhalt klagen. KPÖ kämpft gegen diese familienfeindliche Regelung.

Verwandte bei Gericht verklagen zu müssen, um zu Sozialhilfe zu kommen – das kann in der Steiermark passieren. Derlei Fälle haben sich in der Steiermark zuletzt gehäuft. Die KPÖ machte im Landtag auf das Problem aufmerksam.

Vor einem Jahr wurde der Regress – die Rückzahlungspflicht – abgeschafft. So sollten Men-

schen mit sehr geringem Einkommen von der Bürde befreit werden, ihre Familienmitglieder finanziell zu belasten. Diese mussten zuvor die bezogene Sozialhilfe zurückzahlen, falls die Betroffenen das selbst nicht konnten.

Jetzt wurde die Rückzahlungspflicht hinterrücks wieder eingeführt – dadurch, dass Leute, die um Sozialhilfe ansuchen, schon vor dem Bezug Unterhalt von ihren Verwandten einklagen müssen. „Das führt zu Zerwürfnissen in den Familien und ist unmenschlich“, so KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler.

Wir haben jenen Menschen eine Stimme gegeben, die sonst nicht gehört werden. Und wir haben Themen eingebracht, die ohne uns kaum Gehör gefunden hätten.“ – Claudia Klimt-Weithaler ist die Spitzenkandidatin der KPÖ für die Landtagswahl im Oktober 2010.

Claudia Klimt-Weithaler untermauert den Einsatz der KPÖ für soziale Gerechtigkeit mit Erfolgen, die die Partei in vier Jahren im Landtag verbuchen konnte. So wurde die Rückzahlungspflicht bei der Sozialhilfe auf KPÖ-Antrag abgeschafft. Bei der Wohnbeihilfe wurden die Wartezeiten verkürzt, der Gratiskindergarten nach lan-

gem Drängen der KPÖ eingeführt, die Chirurgen in Bad Aussee und Mürrzuschlag bleiben bestehen.

Die KPÖ-Spitzenkandidatin sieht einen klaren Auftrag für die Zukunft: „Wir setzen uns für die Bedürfnisse der Bevölkerung ein.“ Bei Sozialsprechstunden hilft die KPÖ praktisch weiter. Mit dem KPÖ-Sozialfonds – der Großteil der Gehälter der KPÖ-PolitikerInnen geht an Menschen in Not – leistet die KPÖ konkrete Hilfe. „Wir sind die Alternative zu herrschenden Parteien und zu den Rechten. Die KPÖ beugt sich nicht den Interessen der Mächtigen und verweigert faule Kompromisse“, so Klimt-Weithaler.

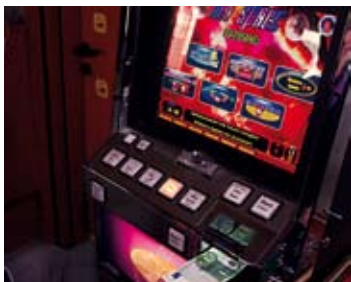
GLÜCKSSPIEL Ein Erfolg in Sicht

Maßnahmen gegen die Spielsucht scheinen in Reichweite. Automaten-spiel soll wirklich „kleines Glücksspiel“ werden.

Die Spielsucht ist in der Steiermark ein großes Problem. Unser Bundesland hat die höchste Dichte an Spielautomaten im deutschen Sprachraum. Das führt zu einer steigenden Zahl an Süchtigen und vielen negativen Begleiterscheinungen: Zerstörte Existenzen, Beschaffungskriminalität, zerbrochene Familien.

Nun ist im Landtag eine Mehrheit für die Vorschläge der KPÖ zur Bekämpfung der Geschäftemacherei mit der Spielsucht in Sicht. Ein Verbot von Geldscheineinzügen bei Spielautomaten sowie das Festlegen einer Mindestspieldauer von 20 Sekunden pro Spiel bei einer darauf folgenden Unterbrechung von 5 Sekunden soll kommen. Derzeit ist es möglich, die Automaten mit Scheinen oder überhaupt per Bankomatkasse zu füttern und in einer Minute 100 Euro zu verzocken, weil die Mindestspieldauer technisch umgangen wird.

Außerdem soll künftig nur noch der Einwurf von Münzen in maximaler Höhe von 50 Cent zulässig sein. Dadurch würde der Anreiz für Spieler erheblich gesenkt und ein Verlust von hohen Geldbeträgen beinahe unmöglich gemacht. „Das ist ein ermutigendes Signal“, freut sich KPÖ-Klubchef Ernest Kaltenegger. Ein Beschluss im Landtag sei der nächste Schritt.



KLIMT-WEITHALER: PRIVATSTIFTUNGEN ABSCHAFFEN! Wahlkampfkosten beschränken

Kein Verständnis für die Vorgänge rund um die steirische SPÖ-Privatstiftung hat KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler.

Die SPÖ löst laut Medienberichten ihre Stiftung auf und führt deren Vermögen in eine GmbH über, die angeblich gemeinnützige Zwecke verfolgt.

Statt einen Eiertanz um ihr Parteivermögen hinzulegen, solle sich die SPÖ lieber dafür stark machen, die unter dem SP-Finanzminister Lacina eingeführten Privatstiftungen wieder abzuschaffen, so Klimt-Weithaler: „Privatstiftungen haben keinen volkswirtschaftlichen Nutzen, es handelt sich ausschließlich um

ein Steuerprivileg für Superreiche. Privatstiftungen sind ein Teil jener wirtschaftsfeindlichen neoliberalen Finanzkonstrukte, die in den vergangenen Jahrzehnten dem Wirtschaftskreislauf immer mehr Geld entzogen und so zur massiven Arbeitsplatzvernichtung beigetragen haben.“

Klimt-Weithaler bekräftigt auch die Forderung nach einer Wahlkampfkostenbeschränkung, für die die KPÖ auch im Landtag geworben hat. Das würde den Menschen mehr bringen als die Verschiebung von Parteivermögen von einem Finanzkonstrukt in ein anderes.



**Anti-Privilegierte Partei:
KPÖ für mehr soziale Gerechtigkeit**

Die immer unüberschaubareren Summen, die für Wahlkämpfe ausgegeben werden, würden die Funktionäre der großen Parteien korrumpieren und dazu verleiten, das Geld „steuerschonend“ anzulegen, so Klimt-Weithaler.

STEIERMARKE-TARIF

Landtag für billigeren Strom

Mehrheit im Landtag für günstigen „Steiermark-Stromtarif“ der KPÖ. Statt 7,2 Cent pro Kilowattstunde soll der Strompreis 5 Cent pro kWh ausmachen.

Der Strompreis ist viel zu hoch. Schon im Sommer präsentierte KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg den „Steiermark-Tarif“ der KPÖ. Statt wie derzeit 7,2 Cent pro Kilowattstunde (kWh) soll der Strom der EStAG damit nur noch 5 Cent pro kWh kosten. Der KPÖ-Antrag wurde zuletzt mit Hilfe von ÖVP und Grünen angenommen. Nun muss Landeshauptmann Franz Voves handeln.

„Diese Preissenkung wird die Energie Steiermark nicht in wirtschaftliche Schwierigkeiten bringen, weil die HaushaltskundInnen nur zu einem kleinen Teil zum Gewinn des Konzerns beitragen“, weiß der KPÖ-Abgeordnete. Außer-



dem stehen die Tarife der EStAG im Widerspruch zur Entwicklung des Strommarktes.

„Es ist erfreulich, dass nun noch ein Anlauf gestartet wurde, um den Strom für die Haushalte billiger zu machen. Das ist auch

die letzte Chance für LH Voves, eine Strompreissenkung auszuhandeln. Wenn er die Chance verstreichen lässt, werden wir mit einer Gesetzesinitiative in den Landtag gehen“, sagt Werner Murgg.

LKH BAD AUSSEE UND LKH MÜRZZUSCHLAG Zusperrpläne gescheitert

Mit dem Kaputtsparen der medizinischen Versorgung in der Steiermark hat sich die KPÖ nicht abgefunden. Nach langer Debatte im Landtag konnten die Chirurgen in Mürzzuschlag und Bad Aussee gerettet werden. Auch für das LKH Graz zeichnet sich Besserung ab.

Tief durchatmen können die Menschen im Ausseerland und in der Region um Mürzzuschlag. Entgegen ersten Plänen wird das LKH Bad Aussee nun eine chirurgische Abteilung erhalten, jene in Mürzzuschlag wieder in vollem Umfang in Betrieb genommen. Die Menschen müssen keine „Weltreisen“ antreten für eine gute medi-

zinische Versorgung. Dafür hat die KPÖ vehement gekämpft.

In Mürzzuschlag wird ab Sommer 2010 die Akutgeriatrie und Remobilisierungsstation errichtet. Die Chirurgie soll in sechs Monaten wieder voll funktionsfähig sein. In Bad Aussee wird im nächsten Jahr ein neues Spital mit 58 Betten samt chirurgischer Abteilung und Computertomograph in Angriff genommen.

Probleme in Graz

Schlimm dran ist das LKH Graz. Wiederholt hat die Chirurgie am LKH Alarm geschlagen, weil das Gebäude extrem desolat ist. Undichte Wasserleitungen sind dort noch das geringste Problem. Die KPÖ hat im Landtag mehrere Initiativen gestartet, um die Sanierung voranzutreiben. Nun zeichnet sich eine Lösung ab.



flickr /zugged2death



PFLEGEELTERN

500 Pflegeeltern betreuen in der Steiermark rund 1000 Kinder. Der Bedarf ist aber weit größer, sagt KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler. Eine entsprechende Sozialversicherung und finanzielle Absicherung über das Pflegeelterngehalt hinaus sei ein Gebot der Stunde. Die KPÖ wird darauf drängen, dass noch heuer entsprechende Entscheidungen fallen.

GESUNDE LUNGEN

Mit der Unterstützung von SPÖ und ÖVP konnte die KPÖ durchsetzen, dass ein Test der Lungenfunktion ab dem 40. Lebensjahr Teil der kostenlosen Vorsorgeuntersuchung wird. Damit können Veränderungen der Lunge früh erkannt und Probleme rechtzeitig behandelt werden. Ein besonderer Fortschritt ist das für Berufsgruppen mit erhöhter Feinstaubbelastung (Bäcker, Frisöre, Kellner) und jene, die unter einer schlechten Luftqualität leiden, sagt KPÖ-Klubchef Ernest Kaltenegger.

BESSERE UNIS

Die Studierenden gehen für bessere Studienbedingungen auf die Barrikaden, die KPÖ unterstützte ihre Anliegen mit einem Antrag im Landtag, der mehrheitlich angenommen wurde. Die Landesregierung soll sich dafür einsetzen, dass die Studiengebühren endgültig vom Tisch sind, dass der Universitätsrat ebenso abgeschafft wird wie die wenig brauchbaren Leistungs- und Budgetvereinbarungen, dass die Rektorate wieder von Uniangehörigen gewählt werden und die Uni-Budgets einer demokratischen Kontrolle unterworfen werden.

Pflege: Geschäftemacherei verbannt

Nur öffentliche und gemeinnützige Pflegeheime sollen in Zukunft Förderungen bekommen.

Einem grundlegenden Wechsel in der Pflegevorsorge vollzog jüngst der Landtag. Mit den Stimmen von SPÖ und Grünen wurde ein KPÖ-Antrag beschlossen, wonach künftig nur noch öffentliche und gemeinnützige Pflegeheime vom Land gefördert werden sollen. Das ist eine klare Absage an die Geschäftemacherei mit der Altenpflege. Nun wird ein entsprechendes Konzept entwickelt.

„Es freut uns, dass man von der in den letzten Jahrzehnten geübten Praxis abweicht, die stationäre Pflege gewinnorientierten Betreibern zu überlassen. Unsere Argumente über Jahre haben nun gefruchtet. Es kann auf Dauer nicht akzeptiert werden, wenn private Heimbetreiber sich mit Steuermitteln goldene Nasen verdienen“, so KPÖ-LAbg. Werner Murgg.

ALTENPFLEGE

Die KPÖ hat ihre Forderungen und Vorschläge zur Altenpflege in Form einer Broschüre veröffentlicht. Bestellungen beim KPÖ-Landtagsklub, Tel. (0316) 877-5104 oder per E-Mail an georg.fuchs@stmk.gv.at.



flickr /kimart4ch

WIRTSCHAFTS- FÖRDERUNG

Geschenke für Konzerne

Selbstbedienungsmentalität bei Großunternehmen. Sie kassieren Förderungen ohne Beschäftigungsgarantien einzuhalten. Die KPÖ stimmte im Wirtschaftsförderungsbeirat dagegen.

Bei GM und Opel ist Magna abgeblitzt, beim Land zeigt man sich freundlich. Das Unternehmen, das den Beschäftigten Kurzarbeit und Lohnkürzungen abnötigt, bekommt 3,25 Millionen Euro an Wirtschaftsförderung. Noch einmal 2,5 Millionen gab es für ein Magna-Projekt in Albersdorf. „Magna hat 2008 um mehrere 100 Millionen Euro Zulieferbetriebe in Tschechien und Ungarn gekauft. Angesichts von Lohnverzicht und Kurzarbeit ist diese Vorgehensweise ungeheuerlich“, sagt KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg. Er stimmte im Wirtschaftsförderungsbeirat gegen die Millionenspritze.

260.000 Euro gab es für Epcos in Deutschlandsberg. Das Unternehmen hat im Sog der Krise 150 Beschäftigte auf die Straße gesetzt. Der Veitsch-Radex GmbH hat das Land 8.300 Euro und der Kelly GmbH 6.850 Euro nachgelassen, obwohl sie sich an Beschäftigungsaufgaben nicht gehalten haben. „Bei der Wohnbeihilfe wird um jeden Euro gefeilscht, bei Unternehmen, die diese Summen aus der Portokasse bezahlen könnten, drückt man beide Augen zu“, sagt KPÖ-LAbg. Werner Murgg.

Trotz Stellenabbau Förderung kassiert: Epcos in Deutschlandsberg.



foto: epcos

HEILMITTELVERORDNUNG

Menschen zweiter Klasse?

„Müssen Menschen mit Behinderung befürchten, dass sie in Zukunft wieder zu Hause oder in Heimen sein müssen, weil notwendige Dienstleistungen nicht mehr bezahlt werden?“ Peter Ripper, Präsident der Steirischen Behindertenhilfe, fürchtet angesichts der Sparpläne der Landesregierung um die Zukunft von Menschen mit Behinderung. Gesunkene Zuschüsse und gestiegen Selbstbehalte führen dazu, dass sich

Behinderte Behelfe oder Therapien nicht mehr leisten können. Nun soll es zu Besserungen kommen. Die KPÖ hat erreicht, dass sich der neue Soziallandesrat Siegfried Schrittwieser mit den BehindertenvertreterInnen an einen Tisch setzen wird. „Jetzt kann der Soziallandesrat zeigen, wie wichtig ihm die Anliegen von Menschen mit Behinderung wirklich sind“, so KPÖ-Abgeordnete Claudia Klimt-Weithaler.



Hippotherapie: Der Nutzen ist weltweit anerkannt. Trotzdem wurde in der Steiermark die Finanzierung gestrichen.

UNERWARTETES SIGNAL

Land gegen gekappte Zugverbindungen

Gütertransport per Lkw, miese Zugverbindung Graz-Linz, Einstellung ganzer Bahnstrecken – solche Pläne schmiedet die ÖBB in der Steiermark. Der Landtag sprach sich nach KPÖ-Antrag dagegen aus.

Nach der Einstellung mehrerer regionaler Zugverbindungen – zuletzt wurde die Gesäusebahn durch einen Bus ersetzt – planen die ÖBB weitere Einschnitte beim Schienenverkehr. Darunter sind Direktverbindungen von Graz nach Linz, Bregenz oder Maribor. Verkehrs- und unternehmenspolitisch falsch ist das Signal, das die ÖBB



aussenden, wenn sie den Güterverkehr auf Lkw verlagern. Um 6 Milliarden Euro sollen 14.000 zusätzliche Lkw den Frachttransport der ÖBB abwickeln, so der Plan.

Dem erteilte der Landtag nach dem Antrag der KPÖ-Landtagsabgeordneten Renate Pacher einstimmig eine Absage. Man ist gegen eine Verlagerung des

STEIERMARK

Bald bankrott?

Das Land Steiermark hat arge Geldnöte. Das letzte Doppelbudget konnte nur mit einem Trick – dem Verkauf von Immobilien – gerettet werden. Diese Immobilien müssen aber teuer zurückgemietet werden. Genau dieser Budgettricks werde das Land dorthin führen, wo die Stadt Graz – die seit Jahren mit diesem Trick arbeitet – heute steht: vor dem Bankrott. „Zuletzt werden die Kredite unfinanzierbar und wir müssen die Immobilien doch verkaufen“, warnt KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg.

Kritik übt der KPÖ-Mandatar an der „Klientelpolitik der ÖVP“ bei der Schotterabgabe, einer höheren Besteuerung der „Kleinen Glücksspiels“ sowie der Nahverkehrsabgabe für Unternehmen, die vom Landtag beschlossen, aber nicht umgesetzt wurde. Stattdessen seien neue Sparpakete und Massenabgaben absehbar.



Güterverkehrs auf die Straße, für den Erhalt und Betrieb von Nebenbahnen und für den Erhalt der Direktverbindungen ab Graz. Außerdem müsse die ÖBB wieder ein Gesamtunternehmen werden – ohne miteinander konkurrierende Teilfirmen. Eine klare Absage an die Privatisierungspolitik der letzten Jahre.